

# «Ende Jahr muss jeder spüren, dass die FDP lebt»

Bodenständig und volksnah – so will der neue FDP-Präsident Philipp Müller den Freisinn positionieren

In seinem ersten programmatischen Interview als Parteichef dankt Philipp Müller laut über die Privatisierung der Swisscom, schlägt vor, Pensionskassengelder in Infrastrukturbauten zu stecken und kürzt «lebensfreudels» zum neuen FDP-Slogan.

VON OTTHAR VON MATT UND CHRISTOPF MOSER

**Herr Müller, sind Sie ein anderer Mensch geworden?**  
**Philipp Müller:** Sie meinen, weil ich jetzt FDP-Präsident bin? Nein, nicht ansatzweise.

**Nicht neuerdings auf Samtpfoten unterwegs?**  
 Ich bin mir bewusst, dass ich jetzt im Namen der Partei spreche. Aber ich will nicht authentisch bleiben. Auch wenn ich auf meiner Tour de Suisse zu Gesprächen in Chefetagen von Grosskonzernen bin, bleibe ich mich. Fadengerade.

**Wie werden Sie dort aufgenommen?**  
 Ich begreife den Leuten in den Chefetagen auf Anhörerbühnen und bringe zwei Botschaften an: Dass mir der Austausch wichtig ist, die FDP für die Wirtschaft aber keine Befehlshauptquartier ist.

**Was das verstanden?**  
 Wird es deutlich sage, wird das verstanden. Ich erwarte, dass in den Chefetagen nicht die Nase gerümpelt wird, wenn ich beispielsweise über Probleme im AVB-Bereich rede. Die FDP ist eine Volkspartei mit 120 000 Mitgliedern. Darauf können wir stolz sein. – Jetzt muss ich etwas härter werden (Müller lässt seinen Bierstahl hochschellen und lacht). Ich habe gelernt, dass die Körperhaltung entscheidend ist, um selbstbewusst zu wirken.

**Wie selbstbewusst können Sie sein gegenüber der Wirtschaft, die wesentlich zur Finanzierung der FDP beiträgt?**  
 Ich sehe als Parteipräsident neuerdings in die Parteifinanz. Und ich bin positiv überrascht. Etwas ein Drittel unseres Drei-Millionen-Budgets sind Spenden. Und wissen Sie was? Der grösste Sponsor ist eine einfache Privatperson.

**Wie viel zählt?**  
 Mehr als ein Fünftel von drei Millionen Franken darf es gemäss Ehrenkodex nicht sein. Rechnen Sie selber: Sicher nicht mehr als 200 000 Franken.

**Wie viel kommt aus der Wirtschaft?**  
 Wir Freisinnigen sind nicht der verängstete Arm der Wirtschaft. Als ich anlässlich der UBS-Rettung Kaspar Villiger traf, noch als UBS-Verwaltungsratspräsident, sagte ich ihm: «Weisst du, wir haben sehr unterschiedliche Rollen. Du machst ein Bank vor dem Parlament schützen. Ich muss die Schweizer Volkswirtschaft vor deiner Bank schützen.» Ein Scherz mit wahrem Kern und erstem Hintergrund: Die FDP macht keine Klientelpolitik.

**Der wahre Zustand der FDP.** Herr Müller, zeigte sich am Fraktionsausflug im vergangenen Sommer: Kaum zehn Parteimitglieder waren da mit dabei, dafür 170 Lobbyisten.  
 Dieses Beispiel zeigt, dass noch etwas Entscheidendes fehlt in dieser Partei: Emotionen! Wir müssen die Leute abholen, mit lustvoller Politik, die ein Wir-Gefühl erzeugt. Das steht ganz zuoberst in meinem Pflichtenheft.

**Und wie wollen Sie das erreichen?**  
 In dem ich es vererbe. Wenn ich auf meiner Tour de Suisse in einer Sektion auftrete, sage ich den Leuten: «Ich bin weit gefahren um euch zu besuchen, aber ich mache das gern.» Es geht ein Ruck durch die Partei. Die Leute spüren, dass ich meine Freude an der Politik nicht, in der Westschweiz ist eine Aussage von mir bereits zum geflügelten Wort geworden: «Päck die Probleme an

mit einem Lächeln auf den Lippen» Genau so muss der Freisinn sein!

**Wie wollen Sie die FDP zum Lachen bringen?**  
 Wenn wir ein Wir-Gefühl entwickeln wollen, können wir nicht nur Dossiers wälzen. Kennen Sie das Chausajagen in Küssnacht am Rigi? Das findet immer am 5. Dezember statt, eine alte Tradition, ein Treichel-Umzug... (singt) Tam-tam-tam, taataataataam... ein Wahnsinnsfest! Und ich kann Geisselschöpfen. Jetzt habe ich meinen Luzerner Nationalratskollegen gesagt, sie sollen mir eine Geissel organisieren. Dann übe ich während der Sommeression auf dem Bundesplatz.

**Sie beschützen.**  
 Überhaupt nicht. Ich garantiere Ihnen: Im Dezember wird ich schäme FDP-Delegation an diesem Volkfest teilnehmen und im Sennekütteli im Umzug mitlaufen. Ein anderer Beispiel: Nächtes Jahr ist Eidgenössisches Schwingfest. Und unser Luzerner Nationalrat Albert Ittli organisiert dieses Fest mit. Ich sage ihm: Albert, du bist jetzt unser Kulturbeauftragter. Du organisierst, dass wir auf der Tribüne Plätze haben, damit wir mit dem FDP-Shirt die Schwinger anfeuern können.

**Der Kulturbegriff Ihrer FDP besteht also aus Schwingen, Treicheln und Geisselschöpfen?**  
 Jawohl! Und aus gutem Politisieren. Nicht wegen billiger PR, sondern weil es uns Spass macht.

**Sie wollen die FDP fast schon bäuerlich positionieren?**  
 Nicht ausschliesslich, aber auch. Ich gehe ja auch ans Jazz-Festival, ins AKK, wo immer etwas läuft. Niemand hat das...

« Auch in Chefetagen von Grosskonzernen bleibe ich mich. Fadengerade.»

**Monopol auf Volkfeste und Schweizer Traditionen.** Mein Ziel ist: Bis Ende Jahr muss jeder spüren, dass die FDP lebt.

**Wie lautet Ihr Slogan für die FDP, die Sie sich vorstellen?**  
 Der neue Slogan ist: Lebensfreud! Neuste Studien zeigen: Es gibt wieder weniger Leute in diesem Land, die sich nicht vorstellen können, FDP zu wählen. Mein Team und ich werden jetzt dafür sorgen müssen, dass es auch tun.

**Die Wähler sollen den neuen Freisinn in Präsident Philipp Müller sehen?**  
 Einer mit meiner Biografie, einer, das aus dem Arbeitelimiten kommt, macht nicht den Eindruck, der Phantazie über den Banken reformsteuert ist. Und auch nicht vom Gewerbeverband, Fulvio Pelli und ich haben in der Wirtschaftskommission Verschärfungen bei den flankierenden Massnahmen zugestimmt, namentlich der Forderung nach einer Solidarfahrt. Das heisst: Ein Unternehmer, bei dem ausländische Arbeiter zu zahlungsfähigen Angestellten sind, wird gebietet. Warum ist das richtig? Weil ich als Generalabteilungsleiter jeden Tag dutzendfach Fax erhalte mit Angeboten für Arbeitskräfte, die für 13 Euro pro Stunde arbeiten.

**Damit loben Sie indirekt die SP. Sie fordern die Solidarfahrt sehr langem.**  
 Auch Linke haben manchmal recht. Die FDP sagt aber dafür, dass sie ihren Führungsanspruch nicht aussäumen und in der Politik verankern. Ich will nicht mit ideologischen Scheuklappen politisieren. Ich möchte, dass sie ihren liberalen, liberalen Politik dort, wo sie sind. Und es macht keinen Sinn, gegen andere Parteien zu lästern. GLP oder SPW-Vähler, Wechselwähler, die früher FDP gewählt haben, werden nicht beleidigt, wenn wir diese Parteien prägen.



«Die Schweiz renovieren»: Philipp Müller in seinem Garten in Reinach (AG).

**SVP-Chef Toni Brunner hofft, dass die FDP wieder näher an die SVP rückt. Wo positioniert sich ihr Freisinn?**  
 Rechts der Mitte. Dort wo unsere Wähler sind, wie die Auswertung der Wahlen zeigte. Und ich werde natürlich auch mit Toni reden. Zum Beispiel über die Doppelbesteuerungsalokommen, welche die SVP ablehnt. In der Schweiz verdienen wir den Lebensunterhalt, im Export unseren Wohlstand. Es gibt auf der Welt kaum eine zweite derart global vernetzte Volkswirtschaft wie die Schweiz. Wenn wir das bleiben wollen, müssen wir globale Regeln akzeptieren. Eine davon ist: Amshilfe leisten bei Steuerdelikten. Sonst gefährden wir die Exporte von Maschinen oder Pharmaindustrie.

**Kommt es zum Tauwetter zwischen CVP und FDP?**  
 Ich verstehe mich mit Christophe Darbellay menschlich sehr gut. Das heisst nicht, dass wir immer einig sind.

**Ist das eine Absage an eine Koalition der Mitte?**

Das ist eine leere Worthülse. Mir geht es um wechselnde Koalitionen, je nach Thema.

**Was kann die SP von Ihnen erwarten?**  
 Ich scheue mich nicht, im Interesse des Landes mit einer demokratischen Partei eine Allianz zu schmieden, wenn wir die mit uns verhindern können. Das ist eine der sehr noblen Aufgaben der FDP: Unsin verhindern.

**Auf welche Themen setzen Sie?**  
 Migration ist das Top-Thema für die Bevölkerung. Es ist nicht das zentrale, aber ein wichtiges Thema für die FDP. Wir müssen die Zuwanderung bremsen. Insbesondere bei schlecht qualifizierten aus Staaten ausserhalb der EU und bei deren Familienanzug. Zudem haben wir auch enorme Vollzugsprobleme im Asylbereich.

**Wie wollen Sie weitere politische Akzente setzen?**  
 In der Energiepolitik. Dort arbeiten wir mit Hochdruck an einem Konzept.

**Ein Konzept, wie der AKW-Ausstieg organisiert werden soll?**  
 Die FDP sagt: Bei der bisherigen Technik machen wir nicht mehr mit. Eine neue Technik ist noch nicht in Sicht. Also geht es darum, für Unternehmen und Bevölkerung erträgliche Lösungen zu finden.

**Und was sagen Sie zur Anti-Ausstiegskampagne der Economiesuisse, mit der die FDP eng verbunden ist?**  
 Einspruch! Wir sind nicht eng mit Economiesuisse verbunden. Die FDP ist unabhängig. Die Freisinnigen haben zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen Nicht-Akademiker an ihre Spitze ge-

« Wir sind nicht eng mit Economiesuisse verbunden. Die FDP ist unabhängig.»

wählt. Das ist auch ein Signal, Politik zu machen im Interesse des Landes und nicht für Verbände. Verbände sind wertvolle Gesprächspartner. Aber sie bestimmen nicht die FDP-Politik.

**Wie will die FDP den Atomausstieg schaffen?**  
 Eine Fachgruppe arbeitet daran, für die ich auch kompetente Leute aus der Ökologie geholt habe, zum Beispiel von Pro Natura. Bis Ende Jahr haben wir ein Konzept. Zentrales Element der Energiezukunft wird das Sparen von Energie. Und Gebotsauftrag an Energieeffizienz zu sanieren ist eine grosse Chance für die Wirtschaft. Der Bauboom dürfte bald vorbei sein. Dann müssen wir die Schweiz renovieren. Vor allem im Bereich der Infrastruktur.

**Sie sagen: Die Schweiz ist gebaut?**  
 Früher war es Tradition, dass die Bevölkerung so abnimmt hat, wie es der Bundesrat und die Parlamentsmehrheit wollte. Seit einiger Zeit hat sich das geändert. Ich erinnere an die Minarett- und an die Ausschaffungsinitiative, aber auch an die Zweitwohnungsinitiative. Das war ein Vorgesmack, was uns bei der Landschaftsschutz-Initiative drohen könnte. Das Signal der Bevölkerung ist: Sie will wissen, was Lebensqualität in Zukunft bedeutet. Immer schneller, höher, weiter? Immer mehr Wachstum? Ich glaube nicht.

**Sie sind der erste FDP-Präsident, der Wachstum immer stellt?**  
 Den fünften Femster kaufen zu können, kann nicht unser Ziel sein. Wachstum wird von den nötigen Investitionen in die Infrastruktur kommen. Hier waren gigantische Kosten auf uns – nicht nur beim Stromnetz, sondern auch bei den Strassen, den Schienen. Womit wir bei der neuen zentralen Frage sind: Wie finanzieren wir das? Warum privatisieren wir nicht?

**Sie wollen Infrastruktur privatisieren?**  
 Ich habe lediglich an Glasfasern und Stromnetze, an Hochdruckpipelines für Gas oder die Swisscom. In solche privaten Gesellschaften könnten die Pensionisten Geld einschleusen. Infrastruktur kann auch Erträge abwerfen.

**Die Pensionskassen sollen in Infrastruktur investieren?**  
 Ich habe Pensionskassen, die nur noch einen ungenügenden Deckungsgrad aufweisen. Bereits heute fließen 600 Millionen Franken pro Jahr von heutigen Beitragszahlern zu Pensionären. Das ist ein Problem. Das ist ein Schicksalverfahren de facto zu einem Umlageverfahren, was die Werte Renditen weltweit schlecht sind, sind die Pensionskassen in einem Anlagenmarkt.

**Haben Sie die Sicherheitspolitik als Thema bewusst ausgemerkelt?**  
 Absolut nicht. Schauen Sie sich zum Beispiel die politischen Schwierigkeiten mit unseren Nachbarländern. Europa brennt. Und wenn Europa brennt, reicht es nicht, wenn die Schweiz einfach den Feuerlöscher bereithält. Wir müssen uns auch in der Schweiz auf schlimme Zeiten vorbereiten, zum Beispiel endlich ein Fitnessprogramm umsetzen.

Und wenn Europa brennt, reicht es nicht, wenn die Schweiz einfach den Feuerlöscher bereithält. Wir müssen uns auch in der Schweiz auf schlimme Zeiten vorbereiten, zum Beispiel endlich ein Fitnessprogramm umsetzen.

**Wie sollen wir helfen, den Brand in Europa zu löschen?**  
 Unser Beitrag über den internationalen Währungsfonds ist gross und über den überhohen Franken zahlen wir einen enormen Preis.

**Befürchten Sie soziale Unruhen in Europa?**  
 Spanien hat über fünfzig Prozent Jugendarbeitslosigkeit, andere Länder weit über zehn, zwanzig Prozent. Ältere Arbeitslose resignieren, junge Arbeitslose revoltieren. Der Bundesrat muss Szenarien entwickeln, wie wir auf diese gefährlichen Entwicklungen reagieren können. Eine Karte der möglichen Gefahren und möglichen Lösungen.

**Was sagen Sie zum Kampfjet Gripen, den Maurer kaufen will?**  
 Wenn wir eine Armeewelle braucht es eine Luftwaffe. Das kostet, aber ein hohes Ausgabewachstum haben wir in den meisten anderen Bereichen. Die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt sind beim Bund von 6,8 Milliarden im Jahr 1990 auf mittlerweile gegen 20 Milliarden angestiegen. 1990 haben wir bei Gesamtausgaben von 31,6 Milliarden Franken rund 6 Milliarden für die Verteidigung ausgegeben. Heute sind es weniger als 5 Milliarden – bei rund doppelt so hohen Bundesausgaben. Das stellt sich bald einmal die Frage, ob wir eine Armee für die Galerie wollen oder eine die ihren Auftrag auch erfüllen kann. Und bei der Entwicklungslücke wird jüngerst auch nicht mehr gekleckert, sondern gekokt. Zudem, warum nehmen wir unsere Interessen nicht wahr und verknüpfen den Kampfjet-Kauf mit der Zweitwohnungsinitiative. Das war ein Vorgesmack, was uns bei der Landschaftsschutz-Initiative drohen könnte. Das Signal der Bevölkerung ist: Sie will wissen, was Lebensqualität in Zukunft bedeutet. Immer schneller, höher, weiter? Immer mehr Wachstum? Ich glaube nicht.

**Das heisst, Sie sind gegen den Kauf des Gripens?**  
 Hier müsste ein Ausstieg überlegt werden. Der Gripen ist militärisch unstritten. Mit dem Gripen lassen sich zudem keine politischen Dossiers verknüpfen. Mit dem Rafale oder dem Eurofighter wäre das eher möglich.

**Sie sprechen von Verhandlungen mit Deutschland und Frankreich?**  
 Genau. Beim Eurofighter könnten wir mit den Deutschen dealen und viel mehr bei den Flughafenproblemen lösen. Und beim Rafale mit den Franzosen, die in uns eine Steuerasse sehen. Und wenn ein anderer Lieferant eine Milliarde mehr kostet. Die politischen Schwierigkeiten mit unseren Nachbarn kosten uns längerfristig mehr.

**Politische Verhandlungen führte bisher Ueli Maurer. Damit würde er zur Sache der Bundespräsidentin.**  
 Das muss auf höchster Ebene geschehen.